

Sperrfrist Redebeginn!
Es gilt das gesprochene Wort



Christopher Vogt, MdL
Vorsitzender

Anita Klahn, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Oliver Kumbartzky, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 062/2020
Kiel, Mittwoch, 19. Februar 2020

Innen/ Kurdische Minderheiten

Jörg Hansen zu TOP 14 „Solidarität mit den kurdischen Minderheiten“

In seiner Rede zu TOP 14 (Solidarität mit den kurdischen Minderheiten) erklärt der stellvertretende innen- und rechtspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Jörg Hansen:

„Dieser Antrag ist kein gewöhnlicher Antrag. Lassen Sie mich zum Antrag des SSW deshalb einige Vorbemerkungen machen.

Zum einen möchte ich unterstreichen, dass die Lage im Nahen Osten und der noch immer anhaltende Krieg in Syrien mich sehr betroffen machen. Der seit Jahren anhaltende Konflikt mit dem IS und dem Assad-Regime kennt kaum Gewinner, dafür viele Millionen Verlierer: Seien es die vielen Getöteten oder Verletzten oder die Millionen von Menschen, die sich Flucht und Vertreibung ausgesetzt sehen. Die Lage ist unübersichtlich und für Außenstehende oft schwer zu beurteilen.

Zum anderen ist der Antrag des SSW mit seiner in großen Teilen klar außenpolitischen Ausrichtung nicht dazu geeignet, Klarheit zu schaffen, sondern beschert dem Landtag eine außenpolitische Debatte, die nach der Kompetenzordnung unseres Grundgesetzes allein dem Bund zugewiesen ist. Ich scheue die Debatte nicht, aber dessen muss man sich bewusst sein.

Weiter gilt es vorweg klarzustellen:

- Minderheiten haben bei uns dieselben Rechte und Pflichten. Es gibt neben den in der Verfassung ausdrücklich geschützten autochthonen Minderheiten keine Minderheiten erster und zweiter Klasse.
- Die PKK spricht nicht für die Gesamtheit der Kurden in Deutschland. Der Vorsitzende der kurdischen Gemeinde in Deutschland, Mehmet Tanrıverdi, sagt in einer empfehlenswerten Dokumentation: ‚Sicherlich besteht auch diese gewaltbereite Seite, so wie in jeder Gesellschaft. Aber das Bild ist schief.‘ Und anschließend führt er aus, wie gering der Rück-

halt der PKK in Deutschland ist: ‚Er ist sehr gering. Vielleicht zwei oder drei Prozent.‘

Wie Sie wissen, war ich Leiter des Brennpunktdienstes im Bahnhofsrevier Lübeck. Auch hier hatten wir eine Demonstration von 400 Menschen, darunter ein hoher Prozentsatz von Kurden, zu schützen. Bei diesem Thema war eine hohe Sensibilität gefragt. Vorangegangen waren Auseinandersetzungen zwischen Erdogan-Gegnern und -Anhängern auf offener Straße in Lübeck. Bereits bei der Aufstellung des Demonstrationzuges war daher eine angespannte Nervosität deutlich spürbar. Die große Sensibilität bestand auch darin, dass ein Konflikt, der seine Wurzeln nicht in Deutschland hat, auf deutschem Boden ausgetragen wurde.

Ein Konflikt, der jahrhundertlang mit schrecklichen Auseinandersetzungen und grausamen Bildern verbunden ist. Ein Konflikt, der hochkomplex ist. Das Siedlungsgebiet ist auf ca. 500.000 km² in vier Staaten verteilt: Türkei, Syrien, Irak und Iran. Seit langem wird durch die Kurden der Traum eines autonomen Staates geträumt. Die PKK sieht sich seit den späten 70er Jahren als militärischer Arm im Kampf um die kurdische Freiheit. USA und Europa stufen die PKK aus Gründen, die uns allen bekannt sind, als Terrororganisation ein: 1984 ruft die PKK zum Kampf gegen die Unterdrückung auf und attackiert in der Türkei Polizei und Militärposten. Der seit Jahrhunderten schwelende Konflikt, die Lage in der Türkei und der Vormarsch des IS im Jahr 2014 – all dies war für die Lagebeurteilung bei der Demonstration, die wir zu schützen hatten, von hoher Relevanz. Und zwar ohne, dass wir in Lübeck Einfluss darauf hätten. Der Schutz des Demonstrationsrechtes stand selbstverständlich im Vordergrund. Allerdings: Dieser Hintergrund, das Leid und die Grausamkeiten machten ihn für mich zu einem hochemotionalen Einsatz.

Der Antrag hat ein klares Urteil zur PKK getroffen. Ich kann das auch nach intensiver Vorbereitung auf diese Rede heute nicht nachvollziehen. Denn auch die Sicherheitsbehörden stützen die Haltung des SSW nicht: Vielmehr scheint die PKK ihre Strategie in Europa lediglich geändert zu haben. Der Antrag vernachlässigt diese öffentlich zugänglichen Erkenntnisse. Eine öffentliche Debatte zur Bedrohungslage durch die PKK ist hochsensibel und sie muss differenziert geführt.

Lassen Sie uns im Ausschuss für Innen und Recht unemotional und seriös über die schleswig-holsteinischen Bezüge der Debatte weiterreden. Wichtig ist, dass wir hierzu ein aktuelles Lagebild aus Schleswig-Holstein erhalten.“